



UHH · StuPa-Präsidium · Von-Melle-Park 5 · D-20146 Hamburg

## **Beschluss des Studierendenparlamentes vom 10. November 2016**

### **Die Kampagne der Verfassten Studierendenschaft: Kein G20, nirgends: Für eine bessere Welt!**

Die Stadt Hamburg und die Bundesregierung wollen den kommenden Gipfel der 20 größten Industrie- und Schwellenländer am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg stattfinden lassen. Die Verfasste Studierendenschaft beteiligt sich daraufhin in verschiedenen Formen – durch Aufklärung und öffentlichen Protest, wie Erstellung von Informationsmaterialien, Planung eines Alternativ-Gipfels, Demonstrationen – an den stadtweiten Protesten gegen den Wahnsinn von G20 und für etwas Besseres.

„Hamburg -will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein-, heißt es in der Präambel unserer Landesverfassung. Dieses Anliegen lässt sich beim G20-Gipfel verwirklichen.“ (Stadt Hamburg: Das G20-Gipfeltreffen in Hamburg, <http://www.hamburg.de/g20-gipfel/hintergrund>)

Dass der Hamburgische Senat zum G20-Gipfeltreffen unter Legitimationsdruck steht, zeigt das Zitieren der Präambel der Hamburger Verfassung in ihrer offiziellen Meldung: Hier wird suggeriert, bei G20 ginge es um so etwas wie Völkerverständigung. Doch was bei Olympia in Hamburg schon ohne Brot stattfinden sollte, wird jetzt auch ohne Spiele versucht durchzusetzen: Militarisierung, Einschränkungen der Grundrechte, Überwachung in Hamburg und Armut, Krieg, Austeritätspolitik und Umweltzerstörung für alle.

Wie schon in der Kampagne um das NOlympia-Bündnis schließt sich die Verfasste Studierendenschaft im Rahmen des universitären Leitbildes, in dem die Mitglieder der Universität dazu aufgefordert werden, „zur Entwicklung einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft“ beizutragen, den Protesten an und setzt sich das Ziel, einen G20-Gipfel in der Stadt zu verhindern. Kein G20 in Hamburg oder irgendwo sonst! Stattdessen: Wir treten für ein gutes Leben für alle ein, das heißt konkret für Hamburg: Ende der Schuldenbremsenpolitik, Ausfinanzierung der Universitäten zum Allgemeinwohl, Stopp der Waffenexporte über den Hamburger Hafen und ein Bleiberecht für alle!

### **Die Gruppe der 20 ökonomisch mächtigsten Industrie- und Schwellenländer**

Nach der Auflösung der Sowjetunion 1991, mit der auch der Warschauer Pakt zu Ende ging, wurde in den 1990er Jahren der globale Kapitalismus verfestigt, mit dem Wohlstand und Frieden für alle propagiert wurde. Stichwort ist hier das von dem Politologen Francis Fukuyama propagierte „Ende der Geschichte“: Große Richtungsentscheidungen würden der Vergangenheit angehören, die ganze Welt entwickle sich nun sozial-marktwirtschaftlich usw. nach westlichem Vorbild. Ab Mitte der 90er zeigte sich allerdings bereits deutlich die Krisenhaftigkeit eines solchen Kapitalismus in diversen Finanzkrisen. Mit der sogenannten Tequila-Krise (Mexiko) Mitte der 90er, der Russland-Krise sowie der Asienkrise Ende der 90er wurden schlussendlich alle Illusionen zerstört. Aus den Krisen heraus resultierte eine neoliberale Neuordnung, die mit einer verstärkten Liberalisierung die kapitalistisch-neoliberale Krisenzeit beenden sollte, statt mit umfassenden Sozialreformen. Die Liberalisierung fand Ausdruck in

dem globalen Kampf um Ressourcen, erkennbar in der neokolonialistischen Entwicklungspolitik der ökonomisch betrachteten großen Staaten, aber auch im Abbau der Sozialsysteme dort auf nationaler Ebene. Die G20 sind dabei ein zentraler Akteur und finden ihren Ursprung in der Zeit nach der Asienkrise 1997/98. 1999 trafen sich die Vertreter der 19 mächtigsten Industrienationen und Schwellenländer im Rahmen eines Finanzministertreffens in Berlin, um globale finanzpolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Weltwirtschaft zu diskutieren.

Die G20 sind dabei stets ein rein informelles Bündnis, dessen Beschlüsse somit keine rechtliche Bindung haben. Die G20 legitimieren sich nur dadurch, dass sie großteils aus demokratisch gewählten Regierungen bestehen. Neben der Selbstlegitimierung fehlt also die Legitimierung durch die Weltgemeinschaft, in der die G20 agieren.

### **Die G20: Nicht der Bekämpfer der globalen Krisen, sondern ein zentraler Auslöser dieser**

Wer sich vor allem mit Appellen an die G20 wendet und sich so eine globale Politik der Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und friedlicher Konfliktlösung erhofft, verkennt die Realität: Der Kapitalismus und seine Hauptakteure, zu denen die G20 als Regierungen besonders wirtschaftsstarker Nationen gehören, verschärfen die globale Situation immer weiter, was sich politisch heute u.a. in der Polarisierung der Gesellschaft widerspiegelt.

Die grundsätzliche Widersprüchlichkeit zwischen Kapital und Arbeit, die sich in den kapitalistischen Krisen immer offener zeigt, wird durch eine globale Privatisierungs- und Austeritätspolitik vermeintlich beantwortet. Hierbei spielen globale Institutionen wie der Internationale Währungsfond, die World Trade Organisation und die Weltbank (z.B. als Kreditgeber), eine wesentliche Rolle. Diese Institutionen sind dabei eben nicht unabhängig, sondern unterliegen direkt dem Einfluss der mächtigsten Wirtschaftsnationen. Ziel dieser Politik ist nicht die Stabilisierung von „Entwicklungsländern“ oder „Pleitestaaten“ wie Griechenland, sondern vor allem eine Stärkung der nationalen Privatwirtschaft der agierenden Regierungen. Die Folgen sind der Abbau von Sozialsystemen und die Ausbeutung der Bevölkerung in den betroffenen Staaten, die in Menschenrechtseinschnürungen enden und so zu Verfolgung und Flucht führen.

Darüber hinaus befinden sich unter den G20 die größten Waffen- und Rüstungshersteller. Hier zeigt sich, wie paradox die Hoffnung ist, die G20 würden zu globalen Frieden beitragen. Stattdessen treten sie als Aggressor auf und beteiligen sich direkt oder indirekt in vielen Kriegen wie dem Irak-, dem Afghanistan- und dem Libyenkrieg. Dabei fungieren Kriege auch als Strategie eines imperialistischen und neokolonialistischen Politikstils, bei dem die Sicherung großer Rohstoffvorkommen und die Monopolbildung im Mittelpunkt steht.

Auch auf die ökologische Frage kann nicht mit einer Antwort der G20 gerechnet werden. Die massive Durchsetzung imperialistischer Kapitalinteressen innerhalb der global herrschenden Wachstumsideologie führt zur unkontrollierten Zerstörung der Natur. Die umfassende Rodung von Regenwald, die industrielle Überfischung und der wachsende CO<sub>2</sub>-Ausstoß sind nur einige Beispiele dafür, dass im Rahmen der aktuellen neoliberalen Politik keine bessere Aussicht für die Biodiversität und das Klima zu erwarten ist.

### **Der G20-Gipfel: Reproduktion der Kapitalinteressen auf lokaler Ebene**

Ein künstlicher See in einer Veranstaltungshalle, der lediglich für ein Foto der beteiligten Regierungschefs dient – das ist nur ein Ausdruck des Wahnsinns, den ein Austragungsort ei-

nes G20-Gipfels erwarten kann. Der jährliche Gipfel dient vor allem als Medienevent, um den Menschen vorzugaukeln, es würde ein tatsächliches Krisenmanagement stattfinden, denn: In Wirklichkeit sind die Staats- und Regierungschefs der G20 nicht in der Lage die globalen Krisen zu lösen. Ihre Politik ist gescheitert, da sie nicht anerkennen, dass die Krisenhaftigkeit dem Kapitalismus selbst innewohnt und sie die Krisen wiederum benötigen, um dieses System am Leben zu erhalten.

G20-Gipfel, wie der 2010 in Toronto, beweisen außerdem, wie auch innenpolitisch durch die Regierung des Gastgeberlandes eine Militarisierung und verstärkte Überwachung durchgesetzt wird: Um die Sicherheitskriterien der Geheimdienste der Mitgliedsstaaten zu erfüllen, wird ein Sicherheitskonzept mit Kosten im zehnstelligen Bereich aufgestellt, das die Grundrechte der Zivilbevölkerung enorm einschränkt. Hierbei kam es in Toronto zur Einführung einer flächendeckenden Kameraüberwachung im Bereich der Innenstadt und mit der Einführung eines Sonderpolizeirechts zu über 900 festgenommen Demonstrant\*innen, was den größten Massenarrest in der kanadischen Geschichte darstellte.

Für Hamburg bedeutet die Durchführung des G20-Gipfels in den Messehallen und somit im Zentrum zwischen Universität, Schanzenviertel und St. Pauli, also ein massives Polizeiaufkommen und eine mögliche erneute Diskussion über einen Bundeswehreininsatz im Inneren, eine Ausweitung und Wiedereinführung von Gefahrengebieten nur unter anderem Namen, mit hoher Wahrscheinlichkeit ein umfangreiches öffentliches Kameraüberwachungssystem und nicht zuletzt hierfür Kosten möglicherweise im Milliardenbereich, die in einem enormen Widerspruch zur aktuellen „Sparpolitik“ des Senats sowie der Bundesregierung stehen.

### **Die Verfasste Studierendenschaft muss sich den G20 gegenüberstellen und für eine bessere Welt eintreten, weil sie so auch Wissenschaft versteht.**

These are fights we can if we build coalitions like the ones we saw on the streets of Toronto during the G20. (...) Our Government fears those coalitions, fears the prospect of a truly mass social movement, and we can see that fear in arrest and prosecution patterns. (...) And when we refuse to forget what happened here during the G20, when we demand accountability for the real criminals, and the freedom of our friends, we are fighting not just for the past but for the future. (Naomi Klein, Foreword: G20 Trials and the War on Activism. In: T. Malleson/D. Wachsmuth (Hgg.): Whose Streets? The Toronto G20 and the Challenges of Summit Protest. Toronto 2011. S. xi-xvii.)

Die ermutigenden Worte von Naomi Klein nach den umfangreichen Repressionen gegen die G20-Gipfelgegner\*innen von Toronto 2010 zeigen, dass die Regierungen Angst vor sozialen, kapitalismuskritischen Protesten haben und in diesen also das Potenzial für eine gesellschaftliche Transformation liegt.

Aus den Protesterfahrungen in Toronto zeigt sich allerdings auch, dass der Gipfel in Hamburg und überall sonst zu verhindern ist. Denn: Die Repression wird auch hier all die Gipfelgegner\*innen treffen und die Stadt wird auch hier einer neuen Form der Überwachung ausgesetzt und diese reale Gefahr kann nur durch das vorzeitige Aus des „Image-Treffens“ verhindert werden. Ein Ansatz der dagegen von Beginn an nur auf die umfangreiche Protestkultur während des Gipfels setzt, verkennt diese Gefahr. Eine Verhinderung des Gipfels wäre eine grundsätzliche Absage, eben auch an die Inhalte, die von den G20 umgesetzt werden und wäre der größte kapitalismuskritische Erfolg der Protestbewegung.

Dafür ist es erforderlich bei allen Aktivitäten – einschließlich den hier zum Schluss des Antrags genannten – zu erarbeiten und deutlich zu machen, was die fortschrittliche, friedens-

politische und soziale Alternative zu den von den G20 repräsentierten Positionen ist. Diese Alternative muss durch die Bevölkerungen international erwirkt werden.

Die VS beteiligt sich deshalb mannigfaltig:

- Planung einer Info/Diskussionsveranstaltung für den November, um die wissenschaftliche Auseinandersetzung an der Uni zu beginnen.
- Erstellung einer Aufklärungsbroschüre, um die Bevölkerung der Stadt Hamburg zu informieren und zu Widerstand zu ermutigen.
- Planung einer Demonstration für Anfang 2017, um die die mehrheitliche Ablehnung der Bevölkerung auf die Straße zu bringen.
- Beteiligung am Alternativgipfel, der aufzeigt, wieso die G20 keine Lösungen für die globalen Krisen bereithalten, und Alternativen zum jetzigen Neoliberalismus bietet. Nutzung der Uni-Infrastruktur für die Durchführung des Alternativgipfels.